

## Frühjahrssession 2020

### Sessionsrückblick - 2. Woche



#### **Sitzungsabbruch**

Der Nationalrat will die Frühjahrssession wegen des sich ausbreitenden Coronavirus nicht abbrechen. Er lehnte einen Ordnungsantrag von SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi mit 155 gegen 13 Stimmen und bei 8 Enthaltungen ab. Aeschi forderte, mit dem Verzicht auf die Sitzungen in Bern ältere Menschen in der Schweiz zu schützen. Ratsmitglieder, die das Virus unwissentlich trügen, könnten verletzliche Personen anstecken. Demgegenüber mahnte das Ratsbüro, das Parlament dürfe sich nicht aus der Verantwortung ziehen. Die Arbeit werde etwa in Handwerksbetrieben oder bei der Bahn ja auch nicht ausgesetzt. Auch müsse Eigenverantwortung gelten: "Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss zuhause bleiben."

#### **Fair-Preis-Initiative**

Der Nationalrat will etwas gegen die hohen Schweizer Preise unternehmen. Die Fair-Preis-Initiative lehnt er ab. Mit grosser Mehrheit hat er aber am Montag beschlossen, deren Anliegen direkt ins Gesetz zu schreiben. Ziel ist es im Wesentlichen, dass Schweizer Kunden direkt im Ausland zu den dortigen Preisen einkaufen können. Dafür soll das Kartellgesetz verschärft werden. Zudem soll das Geoblocking verboten werden, mit dem Onlinehändler verhindern, dass Schweizer Kunden direkt in ausländischen Stores einkaufen können. Die neuen Regeln sollen nicht nur gegenüber ausländischen Unternehmen, sondern auch innerhalb der Schweiz gelten. Das würde Preiskontrollen durch Gerichte ermöglichen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

#### **Güterverkehr**

Der Nationalrat will für die Förderung des unbegleiteten alpenquerenden Schienengüterverkehrs deutlich mehr Geld auslegen als der Bundesrat. Dieser will den derzeit laufenden Zahlungsrahmen von 1,675 Milliarden Franken um 90 Millionen Franken auf 1,765 Milliarden Franken aufstocken und statt bis 2023 bis ins Jahr 2026 laufen lassen. Jeweils 30 Millionen Franken sollen pro zusätzliches Jahr zur Verfügung stehen. Der Nationalrat entschied am Dienstag aber als Erstrat, anstatt 90 Millionen 385 Millionen Franken zusätzlich auszugeben und die Förderzeit bis 2030 zu verlängern. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Unterstützt hat der Nationalrat eine Motion seiner Verkehrskommission, die vom Bundesrat verlangt, mit Frankreich und Belgien eine Neat-Zulaufstrecke links des Rheins, über französischen Boden, voranzutreiben.

#### **Enteignungen**

Besitzer von landwirtschaftlichem Kulturland sollen bei der Enteignung ihres Landes künftig das Dreifache des geschätzten Höchstwerts erhalten. Damit soll ein entstehender Schaden abgegolten werden. Der Nationalrat hat dem Vorschlag des Ständerats zugestimmt. Dieser hatte in der Wintersession den vom Nationalrat eingebrachten Faktor sechs auf den Faktor drei gekürzt. Eine Minderheit des Nationalrats wollte an der grosszügigeren Version festhalten. Damit solle sichergestellt werden, dass Kulturland zurückhaltend enteignet werde, sagte Lukas Reimann (SVP/SG). Der Rat lehnte dies mit 132 zu 47 Stimmen bei 13 Enthaltungen ab. Auch ein Minderheitsantrag zur Streichung eines Faktors wurde abgelehnt. Das Geschäft geht zurück an den Ständerat.

#### **Löhne in der Bundesverwaltung**

Der Nationalrat lässt die Lohnpolitik der Bundesverwaltung überprüfen. Er hat den Bundesrat mit einem Postulat beauftragt, zu untersuchen, ob die Lohnentwicklung von der Leistungsbeurteilung abgekoppelt werden kann.



Für die Mehrheit ist das heutige System ein Automatismus, wie Pirmin Schwander (SVP/SZ) sagte. Die Leistung der meisten Angestellten des Bundes werde als sehr gut bis hervorragend beurteilt, und dies werde auf die Rekrutierung zurückgeführt. Entsprechend hätten die Angestellten Anrecht auf Lohnerhöhungen. Die Minderheit fand, eine Systemänderung sollte von den Sozialpartnern erarbeitet werden. Die Räte sollten dann das Resultat beurteilen. Der Bundesrat war bereit, das Postulat anzunehmen, "als Anregung zur Verbesserung der Leistungsbeurteilung", wie Finanzminister Ueli Maurer sagte.

### **Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten – Volksinitiative**

Der Nationalrat hat am Mittwoch mit der Beratung über die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" begonnen. Diese dürfte in der Abstimmung einen schweren Stand haben, SVP, FDP, die Mitte-Fraktion und die GLP wollen die Initiative ablehnen. Fraglich ist, ob der Vorschlag der SP, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, eine Chance hat. Er wird von den Grünen, der GLP und der EVP unterstützt. Die Volksinitiative will, dass die Nationalbank oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Kriegsmaterialhersteller nicht mehr finanzieren dürfen. Nicht mehr finanziert werden dürften Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Die Debatte wird am Donnerstag fortgesetzt. Zudem wird der Rat Bundesrat Guy Parmelin anhören. Im Anschluss will der Rat entscheiden, ob er die Volksinitiative unterstützt, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten lassen will oder ob er beides ablehnt.

### **Überbrückungsrente**

Die Überbrückungsrente für ältere Arbeitslose soll gegen oben begrenzt sein. Der Nationalrat ist auf seinen ursprünglichen Entscheid zurückgekommen und dem Ständerat gefolgt. Auch den Bezückerkreis will die grosse Kammer verkleinern - zum Unmut der Linken. Anspruch auf Überbrückungsleistungen sollen nur mit 60 Jahren oder später ausgesteuerte Personen haben. Die maximale Überbrückungsleistung soll das 2,25-Fache des allgemeinen Lebensbedarfs betragen. Der Ständerat schlägt das 2-Fache vor. Die Krankheits- und Behinderungskosten sollen separat abgegolten werden. Ziel der Räte ist es, die Überbrückungsrente nächste Woche definitiv zu beschliessen. Voraussichtlich am (morgigen) Donnerstag ist wieder der Ständerat am Zug.

### **Burka-Verbot**

Der indirekte Gegenvorschlag zur sogenannten Burka-Initiative steht. Der Nationalrat hat stillschweigend die letzte Differenz bereinigt. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung. Zu bereinigen gab es nur noch redaktionelle Änderungen. Der Vorschlag sieht vor, dass alle, die sich in der Schweiz vor Behörden oder im öffentlichen Verkehr identifizieren müssen, gesetzlich verpflichtet sind, das Gesicht zu zeigen. Der Nationalrat hat dem Gesetz noch gleichstellungspolitische Aspekte hinzugefügt, mit welchen Ständerat und Bundesrat einverstanden sind. Die Volksinitiative "Ja zu Verhüllungsverbot" verlangt derweil, dass in der ganzen Schweiz niemand im öffentlichen Raum das Gesicht verhüllen darf. Gegen die Volksinitiative haben sich bereits Ständerat und Bundesrat ausgesprochen. Im Nationalrat steht der Entscheid noch aus.



### **Haftung**

Die Haftungsregeln für Konzerne und deren Tochterfirmen für Schäden im Ausland bleiben umstritten. Der Nationalrat ist beim indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative nicht von seiner Position abgewichen. Er will Haftungsregeln einführen für Unternehmen, die im Ausland Menschenrechte verletzen oder die Umwelt schädigen. Der Ständerat lehnt das ab. Die Konzernverantwortungsinitiative selbst empfehlen beide Räte zur Ablehnung. Die Initianten haben signalisiert, dass sie ihr Begehren zurückziehen, wenn sich das Konzept des Nationalrats in den Ratsdebatten durchsetzt.

### **Datenschutz**

Der Nationalrat hat sich für die Ratifizierung der modernisierten Datenschutzkonvention des Europarates ausgesprochen. Diese sieht mehr Schutz für die betroffenen Personen und ausgeweitete Pflichten für Datenschutz-Verantwortliche vor. Das Übereinkommen wurde bisher von 30 Staaten unterzeichnet. Vertragsstaaten müssen ein Sanktionensystem und Rechtsmittel einführen. Der Nationalrat stimmte dem Übereinkommen mit 185 zu 0 Stimmen, aber mit 6 Enthaltungen zu. Das Abkommen habe auch eine europarechtliche Dimension, sagte der Sprecher der Staatspolitischen Kommission, Matthias Jauslin (FDP/AG). Die EU überprüft demnach bis im Mai 2020, ob der Datenschutz in der Schweiz angemessen ist. Beim Entscheid berücksichtige die EU, ob ein Staat der Konvention beigetreten sei. Voraussichtlich in der Sondersession im Mai wird der Ständerat darüber befinden.

### **Wiedergutmachung**

Ehemalige Verdingkinder und administrativ Versorgte sollen auch nach Ablauf der ursprünglichen Frist ein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag stellen können. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Gesetzesänderung zugestimmt. Diese ist bereit für die Schlussabstimmung. Den Entwurf hatte die Rechtskommission des Ständerats ausgearbeitet. Die Gesuchsfrist ist Ende März 2018 abgelaufen. Bis dahin waren über 9000 Gesuche um Solidaritätsbeiträge eingegangen. Gemäss Forschungsergebnissen einer Expertenkommission waren im Lauf des 20. Jahrhunderts mindestens 60'000 Personen in 648 Institutionen in der Schweiz unter Zwang administrativ versorgt worden.

### **Deklarationspflicht**

Der Nationalrat will, dass künftig bei Fleisch die Schlachtmethode angegeben werden muss. Er nahm eine entsprechende Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) mit 122 zu 65 Stimmen bei drei Enthaltungen an. Vergangenes Jahr hatte diese eine Vorlage in die Vernehmlassung geschickt, die eine Deklarationspflicht für Halal- und Koscherfleisch verlangt. Die Reaktionen in der Vernehmlassung waren mehrheitlich negativ, weshalb sie auf die Gesetzesänderung verzichtet. Stattdessen will sie mit der Motion den Bundesrat beauftragen, eine umfassende Deklarationspflicht für die Schlachtmethode einzuführen. Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Die Motion geht an den Ständerat.

### **Negativzinsen/Altersvorsorge**

Der Nationalrat wird in der laufenden Session über einen weiteren Vorstoss entscheiden, der verlangt, dass die von der Nationalbank erhobenen Negativzinsen an die AHV gehen. Er hiess einen Ordnungsantrag von Motionär Alfred Heer (SVP/ZH), den Vorstoss auf Grund der Aktualität noch ins Sessionsprogramm aufzunehmen, mit 141 gegen 52 Stimmen bei 2 Enthaltungen gut. Die Motion hatte Heer Ende 2018 eingereicht.



Christian Lüscher (FDP/GE), Präsident der Wirtschaftskommission (WAK), wies darauf hin, dass die Kommission bereits mehrere Vorstösse mit diesem Anliegen vorliegen habe und sie an einer Sitzung Ende März behandeln werde. Das Anliegen könne so schneller aufgenommen werden als mit der neuen Motion.

### **Verordnungsveto**

Der Nationalrat will dem Parlament das Recht verschaffen, bei bundesrätlichen Verordnungen sein Veto einzulegen. Er beharrt darauf, auf eine Gesetzesänderung einzutreten. Der Ständerat wollte dies bisher nicht, und auch im Nationalrat ist eine Minderheit dagegen. Das Verordnungsveto soll verhindern, dass der Bundesrat Verordnungen erlassen kann, die dem Willen der Räte nicht entsprechen. Befürworter sehen darin eine Art Notbremse, die auch präventive Wirkung haben soll. Der Nationalrat hielt mit 99 gegen 83 Stimmen und bei 6 Enthaltungen an seiner Position fest.

### **Kriegsmaterial**

Der Nationalrat empfiehlt die Volksinitiative "Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten" mit 120 zu 71 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (Gsoa) und die Jungen Grünen verlangen mit dem Begehren, dass die Nationalbank (SNB) oder Stiftungen und Einrichtungen der staatlichen und beruflichen Vorsorge Kriegsmaterialhersteller nicht mehr finanzieren dürfen. Betroffen wären Unternehmen, die mehr als fünf Prozent ihres Umsatzes mit der Herstellung von Kriegsmaterial erwirtschaften. Die Initiative sei gefährlich, habe keinen Einfluss auf den Weltfrieden und missbrauche die Unabhängigkeit der Nationalbank, fasste Kommissionssprecher Thomas Hurter (SVP/SH) die Meinung der Ratsmehrheit zusammen. Auch die Regierung lehnt die Initiative ab. Der Rat sprach sich am Donnerstag zudem mit 105 zu 87 Stimmen gegen die Rückweisung an die Kommission und die Erarbeitung eines indirekten Gegenvorschlag aus. Das Geschäft geht in den Ständerat.

### **Söldnergesetz**

Das Parlament schlägt sich in der Diskussion um die Auslegung des Söldnergesetzes auf die Seite der Pilatus-Flugzeugwerke in Stans NW. Es verlangt mit Motionen, das Gesetz so anzupassen, dass Service und Wartung an bewilligt exportierten Gütern möglich sind und Schweizer Firmen Rechtssicherheit erhalten. Der Nationalrat nahm die Motionen aus dem Ständerat an, die Anpassungen am Bundesgesetz über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen oder eben Söldnergesetz fordern. Mit Nein stimmten SP, Grüne, GLP und EVP. Aussenminister Ignazio Cassis hatte sich gegen die Motionen ausgesprochen und auf die begonnene Arbeit verwiesen, um Fälle wie jenen von Pilatus künftig zu verhindern.

Bern, im März 2020

David Zuberbühler